

SPD-Bezirk Hannover | Außerordentlicher Bezirksparteitag am 9. Januar 2016

Y | Änderungsanträge

Antrag Nr. Y001
Bezirksvorstand

Empfehlung der AK
Annahme

Ergänzung zu I001
Europa – geht besser!

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Die Europäische Union stellt weltweit eine einzigartige Ent-
3 wicklung dar. Sie hat Menschen und Staaten zusammenge-
4 bracht und ist eine stabile Friedensmacht. Noch nie gab es in
5 der Geschichte Deutschlands eine so lange Zeit des Friedens.
6 Häufig wird dies als selbstverständlich betrachtet und nicht
7 mehr aktiv wahrgenommen. Die EU steht aber für gemeinsame
8 Grundrechte, Solidarität, gelebte Demokratie und gehört zu
9 unserem alltäglichen Leben dazu.

10

11 Zunehmend wird dieses Projekt in Frage gestellt. Die Krisen-
12 folgen von 2008/9 sind noch nicht überwunden und Europa
13 leidet unter Arbeitslosigkeit und Investitionsschwäche. Eine
14 allein auf Austerität aufbauenden Wirtschafts- und Fiskalpoli-
15 tik unterfüttert die Spaltung der Gemeinschaft. Renationalisie-
16 rungstendenzen, unsolidarisches Verhalten, Chauvinismus und
17 rechtspopulistische Strömungen nagen am gemeinsamen
18 Haus.

19

20 Uns Sozialdemokrat_innen ist bewusst, dass die europäische
21 Entwicklung eben kein fertiges Produkt und schon gar nicht
22 „alternativlos“ ist. Die Europäische Union kann durchaus
23 scheitern. Unsere Freiheit, unser Frieden, unsere Demokratie
24 und unser wirtschaftlicher Wohlstand müssen stetig neu ers-
25 tritten werden. Eine Rückkehr zur Nationalstaatlichkeit und
26 Abschottung sind aber keine Alternativen, mit denen es den
27 Menschen besser geht.

28

29 Es gilt nun diese außerordentliche Errungenschaft zu vertei-
30 digen und Krisen solidarisch zu bewältigen. Wir müssen nicht
31 nur Fürsprecher der Europäischen Union sein. Wir müssen auch
32 proaktiv handeln, reden und agieren. Als Querschnittsaufgabe
33 in allen Politikfeldern besteht die Herausforderung, die Zu-
34 stimmung zum Integrationsprojekt Europäische Union zu
35 stärken und die Diskussion über die richtige Politik in der EU
36 und eine konstruktive Weiterentwicklung dieses Projektes zu
37 intensivieren. Damit dies gelingt müssen wir das europäische
38 Projekt gemeinsam und auf allen Ebenen – vom SPD-Ortsverein
39 bis zum SPD-Landesverband – diskutieren und weiterentwi-
40 ckeln. Nur so kann sich Europa und die Europäische Union ent-
41 wickeln. Als Grundlage für diese notwendige Diskussion dient
42 das anliegende Positionspapier.

43

44 **(Rest wie I001)**

Antrag Nr. Y002
AG Selbst Aktiv, Bezirk Hannover

Empfehlung der AK
Ablehnung

Änderungsantrag zu G001
Inklusion vorantreiben – Vielfalt leben

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Eine menschliche Gesellschaft ist eine inklusive Gesellschaft.
3 Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, auf allen Ebenen des

4 Staates und innerhalb der eigenen Strukturen Teilhabe vor-
5 anzutreiben **und konsequente Mitentscheidung behinderter**
6 **Menschen in allen für sie relevanten Angelegenheiten festzu-**
7 **schreiben:**

8 9 **Auf Bundesebene:**

- 10 • Die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes mit
11 dem Ziel Barrierefreiheit auf jeder Ebene vorantreiben
- 12 • Die Reform des Schwerbehindertenvertretungsrechts mit
13 dem Ziel, angemessene Bedingungen für die Arbeit der
14 Schwerbehindertenvertreter erreichen
- 15 • Die Reform der Werkstättenmitwirkungsverordnung mit
16 dem Ziel, die Vertretung stärken und Frauenbeauftragte
17 einführen
- 18 • Den Wahlrechtsausschluss von Menschen mit Behinde-
19 rungen abschaffen **und ihr aktives und passives Wahlrecht**
20 **verwirklichen.**
- 21 • Ein Bundesteilhabegesetz, das die Definition von Be-
22 hinderung der UN-Behindertenrechtskonvention über-
23 nimmt, die Eingliederungshilfe aus der Fürsorge her-
24 ausführt, die Personenzentrierung von Leistungen
25 einführt, das Wunsch- und Wahlrecht sichert, die soziale
26 Teilhabe als Leistungsbereich anerkennt, das Budget für
27 Arbeit für alle Menschen mit wesentlichen Behinderungen
28 öffnet, eine unabhängige Beratung für Betroffene einführt,
29 im Ziel Einkommens- und Vermögensunabhängig gewährt
30 wird und die Zusammenarbeit der Träger verbindlicher ge-
31 staltet
- 32 • Kinder- und Jugendhilfe inklusiv gestalten (SGB VIII)
- 33 • Den Nationalen Aktionsplan so fortschreiben, dass die
34 Bundesregierung erkennbar und verbindlich Motor von In-
35 klusion ist
- 36 • Den Ansatz des universellen Designs aufnehmen und poli-
37 tischem Handeln zugrunde legen
- 38 • **Als allgemeinen behinderungsbedingten Nachteilsausgleich**
39 **ein vermögens- und einkommensunabhängiges Bundes-**
40 **teilhabegeld einführen und umsetzen.**

41 42 **Auf Landesebene:**

- 43 • Flächendeckend Landesaktionspläne Inklusion vorlegen
44 bzw. fortschreiben
- 45 • Den Ansatz der inklusiven Bildung konsequent fortsetzen
- 46 • Die Betroffenenbeteiligung bei Gesetzgebungsverfahren
47 sicherstellen **und künftig ihre Mitentscheidung festschrei-**
48 **ben.**
- 49 • Einen inklusiven Arbeitsmarkt vorantreiben

50 51 **Auf Kommunalen Ebene:**

- 52 • Kommunale Aktionspläne fördern
- 53 • Sozialraumorientierte Angebote vernetzen
- 54 • Barrierefreien Wohnraum schaffen
- 55 • **Die verbindliche Einrichtung kommunaler Behindertenbe-**
56 **auftragten bzw. Beiräten mit eigenen Kompetenzen**
57 **festschreiben**

58 59 **Begründung**

60 Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt wer-
61 den, so steht es seit 1994 in der Verfassung der Bundesrepublik
62 Deutschland. Mit der Einführung des SGB IX im Jahr 2001 ver-
63 band sich der Anspruch, einen gemeinsamen Rahmen für das
64 gesamte Recht der Leistungen zur Teilhabe von Menschen mit

65 Behinderungen durch Koordination, Kooperation und Konvergenz herzustellen. Dieser Anspruch wurde verstärkt durch die
66 Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte behinderter Menschen (UN-BRK), die 2009 von der BRD ratifiziert
67 wurde. Vor diesem Hintergrund gehören zahlreiche Regelungen auf Bundes- und Länderebene auf den Prüfstand und sind ggf.
68 anzupassen oder neu auszurichten. Auch wenn inhaltlich der behindertenpolitische Schwerpunkt des Koalitionsvertrages
69 von CDU, CSU und SPD auf der Reform der Eingliederungshilfe und einem neu zu gestaltenden Bundesteilhabegesetz liegt,
70 müssen auch andere inklusionsfördernde Gesetzgebungen vorangebracht werden. **Die deutliche Kritik der Staatenprüfung
71 des UN-BRK Ausschusses zum Stand der Umsetzung in Deutschland ist zusätzliche Motivation für uns Sozialdemokraten.**
72
73
74
75
76
77
78

79
80 *Behindertengleichstellungsgesetz novellieren:*

81 Die Evaluation des Behindertengleichstellungsgesetzes hat zahlreiche Reformvorschläge hervorgebracht, die umgesetzt
82 werden sollten. In der Novelle sind u.a. der Behinderungsbegriff der UN-BRK zu übernehmen, eine Verpflichtung zur
83 barrierefreien Gestaltung der Bestandsbauten des Bundes, barrierefreie Informationstechnik und für Menschen mit
84 Behinderungen Erläuterungen in leichter Sprache einzuführen. Ferner soll der Verbandsklage nach dem Vorbild Österreichs ein
85 niederschwelliges Schlichtungsverfahren vorgeschaltet werden.
86
87
88
89
90
91

92 *Schwerbehindertenvertretungsrecht reformieren:*

93 Die Schwerbehindertenvertretungen sehen sich immer stärker gefordert. Beratung, Begleitung und Unterstützung Betroffener
94 wird immer wichtiger. Deshalb müssen u.a. der Schwellenwert für die Freistellung von Vertrauenspersonen von 200 auf 100
95 schwerbehinderter Menschen im Betrieb gesenkt werden, die Fortbildungsmöglichkeiten verbessert und ihre Mitbestimmungsrechte
96 gestärkt werden.
97
98
99
100

101 *Werkstättenmitwirkungsverordnung modernisieren:*

102 Die Zahl der Mitglieder der Werkstatträte großer Werkstätten muss deutlich erhöht werden. Die Einführung von Frauenbeauftragten
103 ist verbindlich zu regeln. In wichtigen Angelegenheiten sollten den Räten Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden.
104
105
106
107

108 *Wahlrechtsausschluss von Menschen mit Behinderungen abschaffen:*

109 Nach §13 Nr. 2 Bundeswahlgesetz und §64 Nr. 2 Europawahlgesetz sind Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen, denen für die
110 Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt wurde. Dies diskriminiert Menschen mit Behinderungen. Andere
111 europäische Staaten wie Finnland, Italien, Österreich und Großbritannien kennen einen derartigen Ausschluss nicht; im
112 Einzelfall geprüft wird in Frankreich und Spanien; einen automatischen Ausschluss gibt es nur noch in Belgien, Polen
113 und Dänemark. Bei der im Frühjahr erfolgten Staatenprüfung vor dem UN-BRK-Ausschuss wurde der Wahlrechtsausschluss
114 in Deutschland scharf kritisiert. **Selbst Aktiv hat dies als Erste thematisiert und gefordert.** Der Verband der Lebenshilfe hat
115 Verfassungsbeschwerden eingereicht.
116
117
118
119
120
121
122
123

124 *Bundesteilhabegesetz einbringen:*

125 Nachdem eine Arbeitsgruppe aus Vertretern und Vertreterin-
126 nen der Verbände behinderter Menschen, der Leistungserbrin-
127 ger, der Sozialversicherungsträger, der Sozialpartner, der
128 Bundesländer, der Kommunalen Spitzenverbände und der
129 Bundesregierung ihre Arbeit abgeschlossen hat, soll nun die
130 Bundesregierung den Entwurf eines Bundesteilhabegesetzes
131 vorlegen.

132 *Kinder- und Jugendhilfe inklusiv gestalten:*

134 Seit der Reform der Kinder- und Jugendhilfe sprechen sich
135 Expertinnen und Experten dafür aus, dass alle Kinder, unbe-
136 schadet der Art ihrer Behinderung dem Leistungsbereich des
137 SGB VIII zugeordnet werden. Bis heute ist diese nicht gelungen.
138 Derzeit erhalten Kinder mit körperlichen und / oder geistigen
139 Behinderungen Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe
140 (SGB XII-Sozialhilfe) und Kinder mit seelischer, bzw. psychischer
141 Behinderung Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe (SGB VIII).
142 In Zeiten inklusiver Betreuung in Krippen und Kitas und ink-
143 lusiver Beschulung sollte eine einheitliche Lösung im SGB VIII
144 angestrebt werden.

145 *Nationalen Aktionsplan fortschreiben:*

147 Im Herbst 2014 wurde der Abschlussbericht des ersten Natio-
148 nalen Aktionsplans vorgelegt. Nun gilt es, nach der Staaten-
149 prüfung durch den UN-BRK-Ausschuss einen NAP 2.0 auf-
150 zulegen, der entsprechend des Leitgedankens des „Disability
151 Mainstreaming“ alle Politikbereiche auf Bundesebene berührt.

152 *Universelles Design voranbringen:*

154 Nach den Prinzipien des universellen Designs sollen Produkte
155 und Umgebungen so gestaltet werden, dass sie für alle Men-
156 schen möglichst ohne besondere zusätzliche Anpassungen
157 nutzbar sind. Universelles Design steht für eine Welt ohne
158 Barrieren. „Simply Good For All“, das ist der Ansatz, bei dem
159 über Teilgruppen wie z.B. Senioren und / oder Behinderte hin-
160 aus, eine inklusive Gestaltung erreicht wird.

161 *Flächendeckend Landesaktionspläne vorlegen bzw. fortschreiben:*

163 Nach Ratifizierung der UN-BRK 2009 hat sich Deutschland auf
164 allen Ebenen für die Umsetzung der Teilhabe behinderter Men-
165 schen verpflichtet. Neben der Bundesebene sind auch die
166 Bundesländer gefordert, Aktionspläne mit Maßnahmen und
167 Programmen in eigener Verantwortung zu formulieren und
168 regelmäßig zu evaluieren und fortzuschreiben. Einige Bundes-
169 länder haben bereits einen Aktionsplan vorgelegt, viele andere,
170 so auch Niedersachsen, haben sich auf den Weg gemacht.

171 *Ansatz der inklusiven Bildung konsequent fortsetzen:*

173 Die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Be-
174 hinderung ist unbestritten eine große Herausforderung. Sie
175 stellt eine Anforderung an die Aus- und Weiterbildung der
176 Lehrkräfte ebenso dar, wie eine Neugestaltung der Curricula
177 mit inklusiven Lernkonzepten. Gleichzeitig gilt es, die Schulrä-
178 umlichkeiten barrierefrei für alle Sinneseinschränkungen aus-
179 zurichten und bedarfsgerecht umzubauen. Für die Umsetzung
180 der inklusiven Bildung für alle Schülerinnen und Schüler muss
181 sich die Förderung am individuellen Bedarf eines jeden Kindes
182 ausrichten und mit fachlicher Unterstützung qualitativ umge-
183 setzt werden. Für die Schülerinnen und Schüler mit Behinde-
184 rung ist die erforderliche Assistenz sicherzustellen, die in-
185 dividuell oder in Gemeinschaft erbracht werden kann. Der

186 Zeitplan der Umsetzung der inklusiven Bildung muss mit der
187 konzeptionellen Entwicklung der Schulen im Einklang stehen.

188

189 *Betroffenenbeteiligung bei Gesetzgebungsverfahren sicherstellen:*

190
191 Der Grundsatz der UN-BRK „Nichts über uns – ohne uns“ ist als
192 Leitthese für die Umsetzung einer inklusiven Gesellschaft ge-
193 worden. Als Expertinnen und Experten in eigener Sache sollen
194 Menschen mit Behinderung beteiligt werden **und an allen die**
195 **Umsetzung betreffenden Maßnahmen und Gesetzesvorhaben**
196 **mitentscheiden.**

197

198 *Einen inklusiven Arbeitsmarkt vorantreiben:*

199 Teilhabe am Arbeitsmarkt ist eine wichtige Voraussetzung zur
200 Erlangung gesellschaftlicher Teilhabe. Ein inklusiver Arbeits-
201 markt ist deshalb ein Ziel zur Umsetzung der UN BRK. Hier gilt
202 es, Menschen mit Behinderung den Zugang in den allgemeinen
203 Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Angebote auszubauen bzw.
204 Unternehmen zur Einstellung von Menschen mit Behinderung
205 zu überzeugen. Zur Umsetzung des inklusiven Arbeitsmarktes
206 sollten Integrationsbetriebe ausgebaut werden und Konzepte
207 mit den Handwerkskammern und den Industrie- und Handels-
208 kammern verstärkt werden, die für inklusive Arbeitsplätze bei
209 ihren Mitgliedsunternehmen werben und entsprechende Bera-
210 tungs- und Unterstützungsleistungen anbieten können. **Das**
211 **Budget für Arbeit muss hier konsequent eingebaut werden.**

212

213 *Kommunale Aktionspläne fördern:*

214 Auch die Kommunen sind zur Umsetzung der UN BRK wichtig.
215 In ihnen leben die Menschen mit Behinderung. Barrieren und
216 Hindernissen werden hier im Lebensraum wahrgenommen und
217 können verändert werden. Hierzu gehört auch – wie schon auf
218 der Länder- und Bundesebene – die Erstellung von Aktionsplä-
219 nen, die die Maßnahmen zur Umsetzung von Barrierefreiheit
220 beschreiben, evaluiert und entsprechend fortgeschrieben wer-
221 den. Schon viele Kommunen haben sich auf den Weg gemacht,
222 andere sind noch ganz am Anfang.

223

224 *Sozialraumorientierte Angebote vernetzen:*

225 In den Sozialräumen der Städte, Gemeinden und Dörfern findet
226 der Alltag der Menschen statt. Hier entstehen nachbarschaftli-
227 che Systeme, werden Angebote der Daseinsvorsorge in An-
228 spruch genommen und hier wird das Zusammenleben der
229 Menschen geprägt. Gerade im Sozialraum wird es in der Zu-
230 kunft darauf ankommen, welche vernetzen Systeme und
231 Angebote für die Menschen vorhanden sind, von ihnen genutzt
232 werden können oder durch sie in bürgerschaftlichem Engage-
233 ment getragen werden. Gerade auch Menschen mit Behinde-
234 rung sind besonders angewiesen auf einen in diesem Sinne
235 vernetzen Sozialraum. Diesen herzustellen bzw. zu erhalten
236 oder auszubauen ist eine der wichtigsten Aufgaben kommun-
237 aler Sozialraum- und Sozialplanung.

238

239 *Barrierefreien Wohnraum schaffen:*

240 Auch Menschen mit Behinderung möchten so lang es geht in
241 eigenen Wohnung leben. Das Angebot an barrierefreiem
242 Wohnraum liegt aber weiter hinter der Nachfrage an diese
243 Wohnform. In den kommunalen Wohnungsbauprogrammen
244 muss deshalb ein besonderer Schwerpunkt auf einen barrie-
245 refreien Wohnraum gelegt werden.

Antrag Nr. Y003
AK Tierschutz

Empfehlung der AK
Ablehnung

Änderungsantrag zu G022 **Einrichtung von Taubenschlägen**

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, wo und
3 wie Taubenschläge im geeigneten rechtlichen Rahmen vorge-
4 schrieben werden können.

5

6 **Begründung**

7 Geschäftsleute und Bürger beschwerten sich seit Jahren über
8 große Taubenpopulationen in den Städten Niedersachsens,
9 verbunden mit Verschmutzung der Gebäude, Denkmäler und
10 Straßen sowie der Zerstörung dieser durch Taubenkot.

11

12 Die Reinigung und Restaurierung verursachen den Kommunen
13 und Besitzern jährlich hohe Kosten. Auch die Anbringung in
14 einzelnen Kommunen von Stacheln und Drähten an Gebäuden,
15 Straßenlaternen etc. verhindern lediglich den Aufenthalt von
16 Tauben lokal, dämmen jedoch die Population nicht ein und ru-
17 fen nur zu einer Verdrängung der Tauben auf andere Gebäude
18 hervor. Der hohe Kostenaufwand hat jedoch nicht dazu
19 geführt, dass die Taubenanzahl verringert oder gar das Problem
20 beseitigt wurde.

21

22 Der Arbeitskreis Tierschutz fordert daher die Schaffung eines
23 rechtlichen Rahmen zur tierschutzgerechten Bestandskontrolle
24 der Stadttaubenpopulation, d.h. die Einrichtung von betreuten
25 Taubenschlägen auf Dachböden von stadteigenen Gebäuden
26 oder, wie es die Uni Göttingen praktiziert, in Bauwagen in den
27 betroffenen Kommunen innerhalb Niedersachsens. In den Tau-
28 benschlägen werden Nistplätze angeboten, aus denen die Eier
29 entnommen und gegen Attrappen ausgetauscht werden.

30

31 Die Kosten für die Einrichtung eines Dachboden-Taubenschla-
32 ges (mit einer Fläche von ca. 30-40 qm) werden auf ca. 5.000
33 Euro geschätzt, Betreuung und Reinigung eines Taubenschla-
34 ges etwa zweimal wöchentlich zweieinhalb Stunden à 10 Euro
35 pro Stunde.

36

37 Bereits im Oktober 1998 hat sich das Niedersächsische Mi-
38 nisterium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Zu-
39 sammenarbeit mit dem Niedersächsischen Tierschutzbeirat in-
40 tensiv mit dem Problem auseinandergesetzt und eine "Lo-
41 seblattsammlung zur tierschutzgerechten Bestandskontrolle
42 der Stadttaubenpopulation" herausgegeben, u.a. gehörten die
43 Herren Prof. Hackbarth und Dr. Kummerfeld der TiHo Hannover
44 dem Beirat an. Das "Aachener Modell" wird in der Loseblatt-
45 sammlung eingehend beschrieben.

46

47 Die Einrichtung von Taubenschlägen ist die einzige tier-
48 schutzkonforme und erfolgreichste Methode zur Lösung des
49 Problems. Sie dient nicht nur dem Tierschutz, sondern auch der
50 Befriedung von kritisierenden Bürgern. Der Deutsche Tier-
51 schutzbund hat sich seit Jahren mit der Taubenproblematik in
52 den Städten befasst und tritt dringend für die Methode Tau-
53 benschläge ein. Inzwischen haben mehrere deutsche Städte,
54 wie z.B. Berlin, Düsseldorf, Augsburg, Aachen, Bonn, Göttingen,
55 Taubenschläge eingerichtet und über Jahre positive Erfahrun-

56 gen gemacht, die zur großen Zufriedenheit von Bürgern und
57 Bürgerinnen führten.

58 Nach § 13 Abs. 1 Tierschutzgesetz ist es u.a. verboten, zum
59 Fangen, Fernhalten oder Verscheuchen von Wirbeltieren Vor-
60 richtungen oder Stoffe anzuwenden, wenn damit die Gefahr
61 vermeidbarer Schmerzen, Leiden oder Schäden für Wirbeltiere
62 verbunden ist.

63
64 Gegen dieses Gesetz wird immer wieder verstoßen.

65
66 *Adressat*
67 kein Adressat

Antrag Nr. Y004 AfA Bezirk Hannover

Industrie 4.0 / Big Data: Chancen nutzen – Arbeitnehmerrechte stärken

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Die Begriffe Industrie 4.0 / Big Data sind noch nicht ab-
3 schließend definiert. Der Prozess des Wandels der Arbeitswelt
4 steht erst am Anfang und er wird mit großer Geschwindigkeit
5 zunächst bei den großen Unternehmen umgesetzt. Neben
6 großen Chancen für die deutsche 10 Wirtschaft bestehen
7 allerdings auch Gefahren für die Rechte der Arbeitnehmer.

8
9
10 Die Arbeitnehmervertreter und die Gewerkschaften sind dabei,
11 Positionen für betriebliche und tarifliche Regelungen zu finden,
12 um sie dann umzusetzen. Aber man kann heute schon sagen,
13 dass auch gesetzliche Regelungen diesen Prozess begleiten
14 müssen – auch in Anbetracht der Tatsache, dass die
15 Arbeitgeberverbände mit Blick auf Industrie 4.0 / Big Data be-
16 reits für die Schwächung von Arbeitnehmerrechten werben
17 (Einschränkungen beim Datenschutz).

18
19
20 Big Data führt zum gläsernen Mitarbeiter
21 Schon heute fallen über den gesamten Produktionsweg – von
22 der Entwicklung, über die Bestellung, die Produktion bis zur
23 Auslieferung und die Kundenbetreuung im Aftersale – 20
24 enorme Datenmengen an. Zukünftig werden diese Daten ver-
25 knüpft, um dann zentral gesammelt und ausgewertet zu wer-
26 den (Prozessverbesserung, Qualitätssicherung). Da auch erfasst
27 wird, wer wann an der Maschine stand, kann auch bei einem
28 Felddausfall (z. B. Auto geht nach 15 Monaten kaputt), festge-
29 stellt werden welcher einzelne Mitarbeiter mit welchem Fehler
30 verbunden war, und dass dann zeitlich unbegrenzt. Das führt in
31 der Konsequenz zu 25 gläsernen Mitarbeitern.

32
33
34 Hier muss gesetzlich geregelt sein, dass eine systematische
35 Auswertung durch Verknüpfung solcher Prozessdaten mit den
36 Personen bezogenen Daten verboten und strafbar ist, um ei-
37 nem Missbrauch vorzubeugen.

38
39 **Neufassung des Betriebsbegriffs**
40 30 Mittel- und langfristig kann es zu einer Ausfransung der Be-
41 triebe kommen. Zunächst durch Outsourcing und moderne

SPD-Bezirk Hannover | Außerordentlicher Bezirksparteitag am 9. Januar 2016

42 Formen der Auftragsvergabe (Crowdsourcing), dann durch immer liberalere Beschäftigungsformen (Homeworking im Werkvertrag) und schließlich durch neue Produktionstechniken (3D-Printing, Losgröße ab 1), bei denen es zur Fragmentierung der Betriebe in einzelne Workshops kommen kann, wobei dann der ursprüngliche Betrieb nur 35 noch Design-, Marketing- und Koordinierungsaufgaben hat.
49 Hier muss sichergestellt werden, dass alle Unternehmungen die zur unmittelbaren Erstellung eines Produktes beitragen und nur in diesem Verbund tätig sind, im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes gemeinsam einen Betrieb bilden. Und das dann alle Beschäftigte durch eine gemeinsame Interessenvertretung betreut werden kann, damit nicht 40 durch Fragmentierung die Interessenvertretung der Beschäftigten ausgehöhlt wird.

Antrag Nr. Yoos Juso Bezirk Hannover

Menschlichkeit jetzt! Umdenken in der Flüchtlingspolitik erreichen!

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2 Millionen von Menschen sind auf der Flucht. Sie sind Gewalt, Hunger und Not ausgesetzt. Die Situation ist unakzeptabel.

3
4 Im Europa des Jahres 2015 erleben wir wie Menschen wieder in Lager eingesperrt werden. Die faschistoide Regierung in Ungarn und rechtsradikale politische Bewegungen in anderen Ländern verdeutlichen das unmenschliche Gesicht des heutigen Europas.

5
6
7
8
9 Wir Jusos im Bezirk Hannover bekennen uns zu unseren internationalistischen Wurzeln und wissen, dass unser politischer Einsatz nicht an den deutschen Staatsgrenzen aufhört. Wir machen Politik für alle Menschen, nicht nur für deutsche StaatsbürgerInnen.

10
11
12
13
14
15 Wenn im Jahr 2015 in Deutschland Flüchtlingsunterkünfte brennen, wenn im Jahr 2015 Menschen aus anderen Ländern Angst haben müssen, auf die Straße zu gehen, dann wissen wir, der antifaschistische Kampf ist noch längst nicht beendet!

16
17
18
19 Wir verurteilen die Anschläge auf Unterkünfte für geflüchtete Menschen und verlangen eine schnelle Aufklärung der Straftaten und den Einsatz der vollen Härte der Gesetze gegen die TäterInnen.

20
21
22
23
24 • Wir lehnen das zu häufig unmenschliche gesellschaftliche Klima gegenüber geflüchteten Menschen ab. Wir setzen uns aktiv für eine wirkliche Willkommenskultur ein.

25
26
27 • Wir lehnen die derzeitige Politik an den Außengrenzen der EU ab. Wir fordern alle Verantwortlichen auf, FRONTEX abzuschaffen und den Flüchtenden konkrete Hilfestellungen bei der Flucht zu ermöglichen. Wir fordern die Überwindung des Dublin II – Abkommens. Wir brauchen einen Politikwechsel in der gesamteuropäischen Politik.

28
29
30
31
32 • Wir fordern die volle Bandbreite von politischen Sanktionen gegen die ungarische Regierung und fordern alle Verantwortlichen auf, sich für einen Politikwechsel in Ungarn einzusetzen.

33
34
35
36
37 • Wir alle müssen jetzt Solidarität mit allen Flüchtenden zeigen. Das bedeutet konkret, vor Ort unterstützen und

- 39 die Politik zu Gunsten der Flüchtlinge verändern.
40 • Wir fordern alle SozialdemokratInnen auf, sich für eine
41 humane Flüchtlingspolitik einzusetzen.

Antrag Nr. Yoo6 Juso Bezirk Hannover

Wir ziehen's durch – Cannabis legalisieren!

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

2
3

4 Wir setzen auf einen eigenverantwortlichen und bewussten
5 Umgang mit Cannabisprodukten und werden durch entspre-
6 chende Begleitregelungen einen effektiven Gesundheits-, Ver-
7 braucher- und Jugendschutz sicherstellen. Zusätzliche Steuer-
8 einnahmen sollen für den Ausbau der Drogenprävention und
9 Suchhilfe verwendet werden. Die medizinische Nutzung von
10 Cannabis wollen wir rechtssicher ausgestalten und allen Pati-
11 enten unter gleichen Kriterien den Zugang ermöglichen. Wir
12 fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für die Legalisierung
13 von Cannabis einzusetzen. Eine entsprechende Initiative soll in
14 die Koalition und den Bundestag eingebracht werden. Das im
15 rot-grünen Koalitionsvertrag in Bremen vereinbarte "Bremer
16 Modell" betrachten wir als vorbildhaft und wollen es bis zu ei-
17 ner bundesgesetzlichen Regelung auf weitere Bundesländer
18 ausdehnen.

19

20 Begründung

21

22 Die Verbotspolitik ist gescheitert

23 Nach offiziellen Schätzungen haben mindestens 13 Millionen
24 BundesbürgerInnen in ihrem Leben bereits Cannabis kon-
25 sumiert, darunter 2,8 Millionen im vergangenen Jahr. Diese
26 Zahlen zeigen, dass das Verbot von Cannabisprodukten nicht
27 geeignet ist, den Konsum effektiv zu unterbinden. Deutlich
28 wird darüber hinaus, dass das Cannabisverbot breite Bevölke-
29 rungsschichten kriminalisiert, ohne dass von den Betroffenen
30 eine Schädigung oder Gefährdung Dritter ausgeht. Die beste-
31 hende Verbotspolitik muss deshalb nicht nur als gescheitert
32 betrachtet werden, sie greift auch unverhältnismäßig in das
33 Recht auf Selbstbestimmung erwachsener KonsumentInnen
34 ein, die Cannabis in ihrer überwiegenden Mehrzahl bewusst
35 und verantwortungsvoll konsumieren. Die Erfahrungen mit der
36 Legalisierung von Cannabis im internationalen Kontext, z.B. in
37 einigen US-Bundesstaaten und den EU-Ländern Tschechien und
38 Portugal, belegen die positiven Potentiale und die Machbarkeit
39 eine verantwortungsbewussten Umsetzung.

40

41 Schwarzmarkt die Grundlage entziehen

42 Mit der Legalisierung wollen wir den Schwarzmarkt bekämpfen
43 und der organisierten Kriminalität im Bereich des Cannabi-
44 shandels die Grundlage entziehen. Polizei, Staatsanwalt-
45 schaften und Gerichte würden durch die wegfallende Strafver-
46 folgung von KonsumentInnen wesentlich entlastet. So wurden
47 seit 2001 jährlich mehr als 100.000 Cannabisdelikte im kon-
48 sumnahen Bereich registriert, allein im Jahr 2012 erfasste das
49 Bundeskriminalamt z.B. 134.739 Verfahren im Zusammenhang
50 mit Anbau, Besitz und Handel von Cannabis und Cannabispro-
51 dukten. Bereits heute werden 95% dieser Verfahren als Baga-

52 telldelikte eingestellt. Die dadurch gebundenen personellen
53 und finanziellen Ressourcen sollten auf wichtigere Ermittlung-
54 stätigkeiten konzentriert werden.

55

56 Cannabis ist keine Einstiegsdroge - sie wird durch die Prohibi-
57 tion dazu gemacht. Der unregulierte, illegale und dennoch weit
58 verbreitete Handel mit Cannabisprodukten bringt Konsumenten-
59Innen und DealerInnen in Kontakt und schafft damit erst den
60 Zugang zu anderen Drogen. Indem die aktuelle Rechtslage
61 KonsumentInnen von Cannabisprodukten in die Illegalität
62 drängt, begünstigt sie zudem die Entstehung von Be-
63 schaffungskriminalität. Diesen Zustand wollen wir im ge-
64 samtgesellschaftlichen Interesse und im Interesse der Konsu-
65 mentInnen beenden.

66

67 Statt weiter erhebliche staatliche Mittel in die ineffektive Auf-
68 rechterhaltung der Prohibition zu investieren, sollen künftig
69 durch die reguläre Besteuerung von Cannabisprodukten in Ver-
70 bindung mit einer Cannabissteuer staatliche Einnahmen gene-
71 riert werden, die nach seriöse Schätzungen in Deutschland
72 zwischen 1 und 2 Mrd. Euro jährlich liegen könnten. Diese sind
73 vorrangig in die Drogenprävention und Suchtberatung sowie
74 für gezielte Maßnahmen zur gesundheitlichen Aufklärung und
75 zur Information über einen möglichst risikoarmen Umgang mit
76 Drogen aller Art und den damit verbundenen Gefahren zu in-
77 vestieren.

78

79 **KonsumentInnen schützen - Gesundheits-, Verbraucher- und** 80 **Jugendschutz gewährleisten**

81 Mit unserer Initiative zur Entkriminalisierung von Cannabis
82 verfolgen wir das Ziel, einen bewussteren und risikoärmeren
83 Konsum zu ermöglichen. Durch die Illegalisierung von Cannabis
84 und seinen Produkten ist eine wirksame Kontrolle des Stoffes
85 derzeit nicht möglich. Insbesondere die Beimischung von Streck-
86 kungsmitteln zur Profitsteigerung auf dem Schwarzmarkt
87 gefährdet Konsumierende in unverantwortlicher Weise. Oft
88 werden z.B. Haarspray oder Zucker verwendet, es sind in der
89 Vergangenheit aber auch wiederholt Fälle von Bleivergiftungen
90 in Folge des Konsums verunreinigten Cannabis' aufgetreten.
91 Diesem unhaltbaren Zustand wollen wir mit einer staatlichen
92 Kontrolle der Produktqualität und der verpflichtenden
93 Kennzeichnung der Inhaltsstoffe begegnen. Zur Sicherstellung
94 eines effektiven Verbraucherschutzes plädieren wir deshalb für
95 eine strenge staatliche Kontrolle der gesamten Anbau-, Pro-
96 duktions- und Handelskette.

97

98 Um einen angemessenen Jugendschutz zu gewährleisten, soll
99 die Abgabe von Cannabisprodukten nur in speziell lizenzierten
100 Ausgabestellen mit entsprechender Beratung erfolgen dürfen,
101 welche durch Ausweis- und Zutrittskontrollen die Abgabe an
102 Minderjährige auszuschließen haben und sich nicht im Um-
103 kreis von Schulen und Jugendeinrichtung befinden dürfen.
104 Zudem sollen Cannabisprodukte mit einem Werbeverbot
105 belegt werden.

106

107 Während die Prohibition einen problem- und lösungsorientier-
108 ten Umgang mit Nebenwirkungen und Suchtpotentialen des
109 Cannabiskonsums behindert, ermöglichen wir mit der
110 kontrollierte Ausgabe eine gezielte Aufklärung und damit ein
111 größeres Bewusstsein für mögliche Gefahren auf Seiten der
112 KonsumentInnen. Die Entkriminalisierung erleichtert eine

113 glaubwürdige und objektive Beratung, welche Risiken Ernst
114 nimmt, ohne in Skandalisierung zu verfallen. In Verbindung mit
115 dem durch zusätzliche Steuereinnahmen möglichen Ausbau
116 von Suchtberatungs- und Präventionsangeboten ließe sich die
117 Bekämpfung von durch Cannabiskonsum induzierten Proble-
118 men wesentlich verbessern.

119

120 **Medizinische Nutzung ermöglichen**

121 Die Legalisierung von Cannabis bietet auch aus medizinischer
122 Sicht große Chancen. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass
123 THC, der Rauschstoff des Cannabis, einen großen Nutzen in der
124 Medizin haben kann. Es wirkt schmerzund krampflindernd und
125 wird heute schon in der Krebstherapie, aber auch bei Parkinson
126 oder Tourette verwendet. Durch das Nutzen dieser Produkte
127 kann oftmals auf chemische Produkte mit erheblichen
128 Nebenwirkungen verzichtet werden. Durch die Legalisierung
129 von Cannabis kann vielen Menschen in Deutschland die medi-
130 zinische Behandlung erleichtert werden. Dabei soll garantiert
131 werden, dass der Zugang allen PatientInnen ermöglicht wird,
132 bei denen medizinisches Cannabis nach ärztlichem Ermessen
133 sinnvoll ist und dem PatientInnenwunsch entspricht. ÄrztInnen
134 dürfen dabei aber nicht zu Ersatz-DealerInnen werden. Die
135 Ausgabe soll deshalb rechtssicher erfolgen können und
136 gleichzeitig streng reglementiert und kontrolliert werden.